

Die Stimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407

Nr. 159

Verlagspreis: Monatlich 1,75 Mk. frei Haus. Bei Abholung im Postamt des Verlegers monatlich 525 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig.

Halle, Mittwoch, den 16. Juli 1919

Anzeigenpreis: Die 8 Spaltenzeile 20 Pfennig, im Reklameteil 10 Pfennig. 60 Pfennig. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr.

3. Jahrgang

Eine harte Nuß.

Halle, den 16. Juli 1919.

Gewiß, man könnte manchmal mit den Fäusten dreinschlagen, zugleich auch seinem verärgerten Herzen Luft machen, so recht nach Herzenstun schimpfen und alles zum Teufel wünschen. Es gibt so mancherlei Dinge, an deren beschriebende Wölung jedem von uns ungeliebter viel liegt, die schließlich doch nicht nach unermesslichen Einnahmen und dann eine gehörige Portion Verwilderung und Verärgerung zurücklassen. Man kommt durchaus nicht weiter, wenn man einfach nur das, was sein sollte, im Auge behält, man muß jedes Ding von der rechten Seite betrachten und vor allem bedenken, was unter den gegebenen Umständen sein kann. Wer mit den gegebenen Realitäten nicht rednet, wird nie mehr sein können als ein unfruchtbarer Idealist, der der Menschheitsgemeinschaft und seinen Volksgenossen herzlich wenig nützen kann. Wer seinem Volke nützen will, wer praktische Politik, die ein Volk aufwärts führen soll, machen will, bekommt natürlich manche

Harte Nuß zu kneten

und für uns Sozialdemokraten ist gegenwärtig das Schulformproblem eine bittere Nuß, die aber um des Volkes willen wohl oder übel geschluckt werden muß. In der Politik ist es nun einmal so, daß man bei jeder Handlung nicht allein die augenblickliche Einzelwirkung im Auge hat, sondern den Blick mehr darauf richtet, wie die Einzelthat das Gesamtbild beeinflußt. So ist es auch bei dem Schulformproblem. Hätten wir die Schulfrage lediglich in unserem Sinne gelöst, dann hätte das Zentrum ein getreues zwergerisches Schulformproblem die Einzelheit zerissen, das Land verunsichert und das beste Schulprogramm hätte uns dort nicht mehr genügt, wo kein Staatsgebilde ist. So aber haben wir den Staat gerettet, retten müssen und nach einiger Zeit, wenn die sozialistische Bewegung stark genug ist, die Geschickte Deutschlands zu bestimmen, werden wir auch die Schulfrage gegen alle bürgerlichen Parteien im rein sozialdemokratischen Sinne lösen können. Die Vorbedingungen dazu sind gegeben und je mehr und intensiver wir aufklären und wachen, um so eher werden wir dies Ziel erreichen.

Niemand kann über seinen Schatten springen,

das hat unsere Fraktion nach mehreren langwierigen Sitzungen, in denen sie sich schließlich doch mit einer erheblichen Mehrheit für das Kompromiß entsecht, eingesehen und das werden auch unsere Parteigenossen im Lande einsehen. Die Widerstände in beiden Parteien waren stark, unsere Fraktion konnte sich letzten Endes nicht der politischen Notwendigkeit verschließen und das Zentrum wurde zuletzt auf die Mittellinie gedrungen.

Die beiden Fraktionen kamen endlich über die kritischen Punkte hinsichtlich Kirche und Schule, die in der Verfassung im Abschnitt über die Grundrechte und Grundpflichten enthalten sind, zu folgender neuen Fassung, die gemeinsam von beiden Parteien vertreten wird:

Artikel 143, 2. Absatz lautet in seiner jetzigen Fassung: „Ob die Schule innerhalb der Gemeinden für alle Befähigten gemeinsam nach Befähigung getrennt oder beiderseitig (weltlich) sein soll, entscheidet der Wille der Entscheidungsberechtigten, so weit dies mit einem geordneten Schulbetriebe zu vereinigen ist. Das Nähere bestimmt ein baldig zu erlassendes Reichsgesetz. Bis zum Erlass dieses Gesetzes bleibt es bei den bestehenden Vorschriften.“ (Alle bisherigen Schulreformen bleiben daher bestehen.)

Abg. 3 lautet in der bisherigen Fassung: „Für den Zugang Unmündiger zu den mittleren und höheren Schulen sind öffentliche Mittel herbeizuführen.“ Hier Abg. erhält jetzt folgende, wesentlich erweiterte Fassung: „Für den Zugang Unmündiger zu den mittleren und höheren Schulen sind durch das Reich, die Länder und die Gemeinden öffentliche Mittel herbeizuführen, insbesondere Erziehungsbeihilfen für die Eltern und Kinder, die zur Ausübung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet werden, bis zur Beendigung der Ausbildung.“

Artikel 144 lautet bisher: Die Errichtung von Privatschulen ist zulässig. Sie bedarf der Genehmigung des Staates. Privatschulen unterliegen den Landesgesetzen. Private Volksschulen sind nur zulässig, wenn sie in ihrem inneren Aufbau nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückbleiben.“ Jetzt heißt dieser Artikel: „Privatschulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterliegen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Privatschule in ihren Bezügen und Einrichtungen wenigstens der öffentlichen Ausbildung ihres Lehrkörpers nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückbleibt und im Falle der Erhebung von Schülern durch Abkündigung aus mindestens bestimmten Volksschulen anganglich gemacht werden.“

Private Volksschulen sind nur zulässig, wenn sie eine Mehrheit von Entscheidungsberechtigten, deren Wille nach Artikel 143, Absatz 2 zu berücksichtigen ist, eine öffentliche Volksschule

Bestimmtes in der Gemeinde nicht besteht. Private Volksschulen sind unzulässig.“

Artikel 145, Absatz 1 lautet ursprünglich: „In allen Schulen ist persönliche und heimische Erziehung und sittliche Bildung auf basisvollständiger Grundlage im Geiste der Väter-Verfassung zu erstreben.“ Hinter dem Worte „sittlichkeit“ soll das Wort „Arbeitsfreudigkeit“ eingefügt werden.

Artikel 145, Absatz 3 lautet: „Staatsbürgerkunde ist Schulpflicht in der Schule. Jeder Schüler erhält beim Verlassen der Schule einen Abdruck der Verfassung.“ Nach dem Worte „Staatsbürgerkunde“ sollen die Worte „und Arbeitsfreudigkeit“ eingefügt werden.

Abg. 4 hieß es ursprünglich: „Volkshochschulen sollen gefördert werden.“ Jetzt soll der Absatz lauten: „Das Volkshochschulwesen einschließlich der Volkshochschulen soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden.“

Dem Artikel 146: „Der Religionsunterricht ist ordentlicher Schulpflicht in den Schulen“, werden nun hinzugefügt: „Mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen.“

Abg. 2 hatte den Wortlaut: „Die Errichtung des Religionsunterrichtes und die Übernahme kirchlicher Verpflichtungen bleibt der Willensäußerung der Lehrer überlassen.“ Gegen den Willen der Entscheidungsberechtigten darf kein Schüler zum Besuch des Religionsunterrichtes oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden.“ Jetzt heißt es folgendermaßen: „Die Errichtung weltlichen Unterrichts und die Übernahme kirchlicher Verpflichtungen bleibt der Willensäußerung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfeiern und an kirchlichen Feiern und Handlungen der Willensäußerung der Entscheidungsberechtigten überlassen.“

Abg. 3 hieß bis jetzt: „Die theologischen Fakultäten an den Universitäten bleiben bestehen.“ Diese Fassung wird etwas eingeschränkt: „Die bestehenden theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten.“

Die Kämpfe, die sich in den letzten Tagen in den Fraktionen abspielten, haben vor Wochen im Verlaufe der Verhandlungen der Nationalversammlung ihre Vorläufer gefunden. Es wurde damals wie jetzt von beiden Seiten hart

um die Weltanschauung gerungen.

Die Sozialdemokratie verlangt die Trennung von Staat und Kirche und die Weltlichkeit der Schule. Das Zentrum möchte, wenn angängig, den Staat der Kirche ausliefern und es fordert die volle Konfessionsschule. Auch über die Schule soll die Kirche gebieten. Ein gut Teil der Schuld an der unbeschränkten Lösung tragen die Demokraten. Trotz aller Bemühungen unserer Vertreter waren die Demokraten für die volle Weltlichkeit der Schule nicht zu haben. Der Religionsunterricht sollte auch nach ihrer Meinung ordentliches Schulpflicht der Schulen bleiben. Die sozialdemokratischen Vorschläge wurden von ihnen wie von den übrigen bürgerlichen Parteien niedergestimmt. Die sozialdemokratischen Vertreter mußten sich danach begnügen, im Rahmen dessen, was die Demokraten zugestanden mitwünschten, so viele Verbesserungen wie möglich durchzuführen.

Ein Vergleich der Bestimmungen des Kompromisses mit dem Wortlaut, wie er aus der Kommission heraus gekommen ist, zeigt, daß nicht das Zentrum, auf der ganzen Linie gesteht, hat wie ein Teil der demokratischen Presse in den letzten Tagen aus kulturkämpferischer Neigung zu behaupten freimütig genug war, sondern daß die Anhänger der Konfessionsschule die die Vertreter der vollen weltlichen Schule Konfessionisten haben machen müssen. Die Sozialdemokraten haben es nicht erreicht, daß der Religionsunterricht aus den Schulen verschwindet, aber sie haben durchgesetzt, daß kein Kind zur Teilnahme am Religionsunterricht angehalten werden kann und die Abfertigung ungeliebten Angebens ist ein für allemal befristet. Was für die Kinder gilt, gilt auch für die Lehrer. Kein Lehrer kann künftig gezwungen werden, Religionsunterricht zu erteilen, wenn er dadurch in Gewissenskonflikte gerät oder wenn andere Gründe vorliegen, die ihn veranlassen, diesen Unterricht abzulehnen.

Die Bestimmungen des Kompromisses gehen aber noch weiter. Im neuen Absatz 2 des Artikels 143, der oben durch fetten Schrift ausgezeichnet ist, wird nicht nur die Errichtung simultaner, für alle Befähigten gemeinsamer, sondern auch vollkommener weltlicher Volksschulen vorgelesen. Bestimmung ist dafür, die Wille der Entscheidungsberechtigten soweit dies mit einem geordneten Schulbetriebe zu vereinigen ist.“ Das Nähere darüber soll ein baldig zu erlassendes Reichsgesetz feststellen.

Hier erscheint also zum erstenmal die sozialdemokratische Forderung

der vollen weltlichen Schule.

Die Forderung ist eingeleitet worden, wo innerhalb der Gemeinden der Wille der Entscheidungsberechtigten es

verlangt, soweit die Ausführung dieses Willens mit einem geordneten Schulbetriebe zu vereinigen ist. Dieser neue Absatz 2 und der folgende Absatz 3 des Artikels 143, der öffentliche Mittel von Reich, Staat und Gemeinde für die volle Ausbildung der begabten Kinder Minderbemittelten auf den höheren Schulen verlangt, haben es der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung möglich gemacht, dem Kompromiß ihre Zustimmung zu geben. Wir wollen abwarten, ob die demokratische Presse auch jetzt noch von einem vollen Siege des Zentrums auf der ganzen Linie zu sprechen den Mut haben wird. Der Vorwurf, wir immer er lauten mag, klingt überdies besonders hüßlich aus dem Munde derjenigen, deren Parteigenossen die Sozialdemokraten in den Arm gefallen sind, als sie daran gingen, dem Volke die allgemeine weltliche Schule zu erringen.

Selbstverständlich ist, daß die Unabhängigen über „Vertraut“ lächeln werden. Sie sagen jedoch nur, was nicht geschehen ist, was werden sollte, sagen aber nicht mit einem Wort, wie es gemacht werden mußte. Je lauter sie die Sozialdemokraten anflagen, um so energischer wollen wir sie daran erinnern, daß die zwingende Notwendigkeit einer mittleren Linie auch auf dem Gebiet der Schule nur den Unabhängigen zu danken ist. Hätten sie Disziplin gehalten, hätten sie nicht all ihre Kraft und all ihren Haß daran gesetzt, die Sozialdemokraten zu bekämpfen und zu schwächen, so würden wir bei den Januarwahlen für die Nationalversammlung die glatte Mehrheit errungen haben.

Das Zentrum hat die Sozialdemokratie nicht nur sich gehabt und hätte volle Arbeit leisten können. Dann hätte für sie keine zwingende Veranlassung vorgelegen, den bürgerlichen Parteien Konfessionisten zu machen, um den parlamentarischen Bedürfnissen zu genügen und der deutschen Republik eine Regierung zu erhalten, die im Parlament über eine Mehrheit verfügt.

Die Frage hat vorläufig ihre Lösung gefunden, wir Sozialdemokraten aber werden weiterhin kämpfen bis zur endgültigen Errichtung unseres programmatischen Schulpflichtes.

Der Unabhängigen Lebenszweck.

Nur beim Schimpfen und Herunterreden ist den Unabhängigen wohl. Geht es etwas, was dem Volksempfinden Rechnung trägt, wie das Reichsoberhaupt, so muß es recht geschimpft werden, damit im Volke feinerliche Befriedigung aufkommt. Das unabhängige Hauptorgan, die Freiheit, befaßt sich mit dem Geckenwitz, aber natürlich in der ihr eigenen, unabhängigen Art. Die vom hiesigen Volksblatt (heute) nachgedruckt wird. Der Vormarsch schreibt dazu: „In dem Geckenwitz über die Vermögensabgabe weiß die Freiheit nichts weiter zu bemerken, daß es ein lächerlich und eine Komödie, ein Schauerstück und Gott weiß, was sonst noch sei.“ Mit Schimpfworten und Unflätheiten sucht sie die Aufmerksamkeit ihrer Leser von der immerhin nicht uninteressanten Tatsache abzulenken, daß nach diesem Gesetz ein Mann mit 200 000 M. Vermögen, der bei dem jetzigen Geldwert kaum besonders reich genannt werden kann, 26 000 M., ein Millionär 246 000 M. und ein zehnjähriger Millionär fast 5½ Millionen M. an Abgaben zu entrichten hat, das heißt mehr als die Hälfte seines Vermögens. Woran sich die Freiheit nicht hat, das ist der Umstand, daß dieses Geld nicht auf einen Schlag gezahlt, sondern als Rente in dreißig Jahren abgetragen werden soll. Die Entrichtung hierüber wirkt um so eigenartiger, als direkt vor diesem Schimpferbüchse der unabhängige Theoretiker Rudolf Hilferding in einem Artikel über Steuerpolitik auseinandersetzt, daß, solange der Privatkapitalismus existiert, auf andere Art gar nicht zu verfahren werden kann. Hilferding führt aus, daß die Schranke der Steuererhebung darin liegt, daß das Vertriebskapital und die Produktionsmittel nicht verrentet werden dürfen. Die Entziehung des Kapitals als solchen ist nur möglich durch die Sozialisierung. Mit dieser Forderung geht Hilferding allerdings etwas zu weit. Tatsächlich liegt die jetzige Steuerpolitik von den zahlreichen Fällen erhebliche Kapitalabnahme nur zur Folge haben.

In dem oben charakterisierten Schimpferbüchse der Freiheit wird natürlich ganz und gar verdrängt, daß die bis zu 65 Proz. gehende, auf 30 Jahre verteilte Abgabe von Vermögen in keinemwegs die einseitige Vermögenssteuer ist, die kommt. Ge-

Walhalla-
Operetten-Theater.
Ensemble-Gastspiel
Die Fella Malibonki.
Der Operettenschlager:
**Ihre Hoheit
die Tänzerin.**
Musik v. Walter Götz.
Die Vorstellung beginnt
pünktlich 7 1/2 Uhr.
Kasse v. 10-12 u. 4-6.

Stadt-Theater
Freitag, den 18. Juli 1919:
Mit-Heidelberg.

Peißnitz
Morgen, Donnerstag, nach-
mittags von 1.4 bis 1.7 und von
1.8 bis 11 Uhr abends
KONZERT
dirigiert vom
Sinfonie-Orchester.

Allrenommierte
Möbel- Fabrik
C. Hauptmann
Kleine
Ulrichstr.
36a u. b

Apollo-Theater
Nach abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Operette v. Joh. Strauß.
Bsp. Emmy Sturm a. G.
Freitag, 9-11 u. 5-11.7.

ZOO.
Donnerstag, d. 17. Juli 19,
nachmittags 4 Uhr
und abends 7 1/2 Uhr:
Konzert
von der
Kapelle des **Füßl.**
Regie. Nr. 38
Leitung:
Kapellmeister O. Haupt.
Eintrittspreise:
Erwachsene 1 M., (von
7 Uhr abends ab 75 Pf.)
Kinder 50 Pf.
Dauerkarten f. Wittkind
haben zum Abendkonzert
Günstigkeit.
Reparaturen
an
Uhren 5047
abermittelt bei selber Aus-
sührung zu normalen Preisen
Karl Unger, Uhrmacher,
Gr. Schloßstr. 85
(gegenüber Postamtstr.).

UT
Fernruf 5730. **UT** Fernruf 5738.
I. Teil
3 Akte.
**Rom
zur Zeit
des
Decius.**
Brautnacht
des Decius.
Bacchanal-
Szenen.
Christenver-
folgungen.
Alte Promenade 11a.
Ab Freitag, den 18. Juli:
Der große deutsche Prunkfilm
„Veritas vincit“
(Die Wahrheit siegt).
8 Akte mit
**Mia May,
Johannes Riemann**
und Tausenden von Mitwirkenden.
II. Teil (2 Akte).
Mittelalter um 1500.
Ritter- und Kriegenomantik, Volks- und
Zunftfeste, Verschwörungen.
Alle Vorzüge aufgehoben!
III. Teil
3 Akte.
**Neuzeit
aus
jüngster
Ver-
gangen-
heit.**
Hoffeste,
Hoffnungen
Liebes-
szenen,
Ehren-
Duelle.

Gutes
Wachstuch
wieder eingetroffen
sehr preiswert.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90

Rucksäcke
Bellem Impr. Dame (in
Pr. Ismet) abzugeben.
M. Steinortl,
Krudener Str. 2.

Neu, abgeplättet,
auch zerbrochene
**Grammophon-
Platten**
jeder Art, sowie
Phonograph - Walzen
kauft zu höchsten
Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig,
Uhren u. Musik-
werke,
Mat. Leipziger Str.

Fast ungebrauchte
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Ge-
richte, Stuben- u. Schü-
ke, Bettstätten, Gas- u. Wasser-
heizungen (eigentlich) empfangen
Hohensölln
R. Sachse, Rügener Str.

+
Gummwaren-Fachgeschäft
und Versandhaus.
Preisliste gratis.
E. Klappenbach,
Gr. Ulrichstrasse 41.

Stadt-Theater.
Donnerstag, den 17. Juli 1919,
Anfang 6 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr:
Der Ring des Nibelungen.
1. Tag:
Die Walküre
von Richard Wagner.
Gäste:
Kapellmeister Fritz Kellner, Dresden.
Fritz Vogelstein, Kammerorganist, Dresden.
Friedrich Fiaschke, Kammerorganist, Dresden.
Georg Zoltmayr, Kammerorganist, Dresden.
Zdenka Fallbender-Motil, Kammerorganistin,
München.
Lilly Halgren-Waag, Berlin.
Frieda Schreiber, Kammerorganistin, Leipzig.
Sonabend: Anfang 6 Uhr: Siegfried.

Hippodrom
Wintergarten
Direktion
Georg Arndt.
Magdeburger Strasse 65. Fernsprecher 2185.
Ab heute abends 8 Uhr täglich:
Gesangs- u. deklamatorische Vorträge
und als weitere Sensation für Halle:
Damen-Ringkämpfe.
Reitsport von 4 Uhr
nachm. ab.
Tageskasse geöffnet von 11 1/2-1 Uhr mittags.

UT
Leipzigerstrasse 88
Fernruf 1224.
Ab Freitag, den 18. Juli 1919
**Die Note mit dem
Silberkreuz**
Sensationelle Schilderungen aus dem
Leben eines Erfinders. Drama in 4 Akten.
Morgen **Pola Negri**
in:
letzter Tag: „**Näherung des Todes**“.

Gesoben eingetroffen:
**Das
Erfurter
Programm**
von Kaustky.
Pr. 1.20 Mk.
Buchhandlung der
„**Volksstimme**“.

Nähmaschinen
für Haushalt und Gewerbe.
Karl Möller,
Spezial-Geschäft für Nähmaschinen,
Halle, Schmeerstrasse 1.

Beibe Rosenträger,
Beisondere preiswert.
Gumm- u. Rosenhäger
wieder eingetroffen.
Deutsches Institut für
St. Berlin 2, 1. Etage
Gr. Schloßstr. 85/87

Die Liga zum Schutze der deutschen Kultur
die keinerlei Parteipolitik treibt, veranstaltet vom 18. Juli ab
einen aufklärenden Vortragsgang, zu dem die Arbeiterschaft aller
Parteien hiermit zur Teilnahme eingeladen wird.
Als Vortragender ist Herr Universitätsprofessor Dr. Zoerges
Halle, gewonnen worden, der durch seine sozialwissenschaftliche Haltung
als Vorhänger des halleschen Schlichtungsausschusses weiten Kreisen
der Arbeiterschaft bekannt ist. Herr Professor Dr. Zoerges wird
lesen über:
1. Die Klassenbildung in Vergangenheit und
Gegenwart.
2. Recht und Gerechtigkeit im Leben der Men-
schen und Völker.
3. Die sozialistische Wirtschaftsauffassung.
4. Die demokratische Staatsform.
5. Der Kommunismus.
Ein weiterer Vortrag wird von einem Berliner Redner
gehalten werden. Alle Vorträge sind kostenlos! Alle Arbeiter
von auswärts erhalten die Fahrkosten, sowie den Wohnausfall ersetzt.
In jeden einzelnen Vortrag schließt sich eine Aussprache
an, in der gestellte Fragen beantwortet werden.
Wer sich vorurteilslos über diese und alle bewegenden Fragen
informieren will, nehme an dem Kurstag teil.
Die Vorträge finden freitags und mittwochs abends 8 Uhr
im Vereinshaus „St. Nikolaus“ statt. Umgehend kurze schrift-
liche Anmeldungen werden erbeten an die Liga zum Schutze der
deutschen Kultur, Halle, Leipzigerstraße 5. 5293

5000 Mark Belohnung
bei Einbruch u. Mord erspart die automatische
Alarm-Türsicherung „Ce-Fa-Te“
Effektiv vollkommener u. sicherster Schutz gegen Einbruch.
Sichert auch die verlassenen Räume.
Kostenlos und unverbindliche Vorführung Mittwoch, den
16. und Donnerstag, den 17. Juli d. Js. von 10-7 Uhr im
Hotel Goldene Kugel, Halle-S., Riebeckplatz.
Meldungen von Firmen oder rührigen Vertretern,
die sich event. den Alleinvertrieb für Halle und angrenzende
Gebiete sichern wollen, ebendort erbeten.

Irrigateure
Verband-Watte
**Gummi-
Beit-Unterlage**
la. Gummi
Sauger
1.20 Mk. u. 1.75 Mk.
Windelhosen
waschb. Windel
Gummi-Schlau
sowie
sämtl. Bedarfs-Artikel
für
Wöchnerinnen
in großer Auswahl
Preis:
Babywagen
zum Wiegen
(auch leicht) u.
**Kranken-
Fahrstuhl**
Hugo
Nehab
Nachl.
3 Gr. Ulrichstr.
Marking.
Auf Stems
Hausnummer
bitte genau
achten!

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 15. Juli. (57. Sitzung.) Am Regierungstisch: Dr. Brügel und Dautz. Präsident Heinebach eröffnet die Sitzung 9 Uhr 50 Min. ...

Die Abgeordneten Frau Agnes und Genossen (U. S.) beantragen dazu die Aufhebung der Ausnahme-gesetze gegen die Prostitution. ...

Regierungskommissar Dr. Brügel erklärt die Frage für einen Gegenstand der Angelegenheit und empfiehlt Ablehnung des Antrages der Unabhängigen. ...

Nächste Sitzung Mittwoch 9 1/2 Uhr vormittags: Verhandlungsentwurf. Schluss 12 Uhr.

Weimar, 15. Juli. (WTB.) Die große politische Aussprache ist mit Rücksicht auf den Geschäftsplan der Nationalversammlung auf Dienstag, den 22. Juli, verschoben worden.

Weimar, 15. Juli. (WTB.) Die Vorlage über die Betriebsräte wird der Nationalversammlung in den nächsten Tagen zugehen.

Preussische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 15. Juli. Präsident Feinert eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten. ...

Nach Beendigung einiger kleinerer Anträge wird der Gesetzentwurf über das Bürger- und Gemeindegewalt der Frauen in zweiter und dritter Lesung angenommen. ...

Abg. Dr. Weol (U. S.) fürchtet, daß bei der festigen Stellungnahme des Ministeriums des Innern alle kommunalen Arbeiterräte über kurz oder lang abgewürgt werden würden. ...

Abg. Hauschild (Soz.): Die Magistratsmänner müssen befristet werden. Solange das nicht geschehen ist, kann von der Einführung der Demokratie nicht die Rede sein. ...

Abg. Schmedding (Frp.): Die Vorlage für die Erweiterung der Rechte der Provinzen ist in ihren Grundlagen zu begrüßen. ...

Abg. Dr. Kardorff (D. Vp.): Wir sind gegen alle Föderalisierungstendenzen. ...

Unterstaatssekretär Dr. Frey: Natürlich legt die Regierung den größten Wert darauf, daß keine Aufspaltung von Preußen erfolgt. ...

Abg. Dominicus (Dem.): Die Grundfrage, die der Minister für die Dezentralisation aufstellt, hat, haben auch wir im wesentlichen richtig. ...

Abg. Frau Zausch (Frp.): Wir können uns mit einem System der absoluten Gleichberechtigung nicht anfreunden. ...

Abg. Dr. Duppe (Dem.): Die sogenannte Abwehrbewegung ist doch nur ein Teil des Namens. ...

Artikel 108 wird schließlich in der Fassung des Ausschusses angenommen. ...

Der Antrag Frau Zuchacz und Genossen (U. S.) auf Streichung des Wortes „Grundgesetz“ wird durch Ausschluß mit 149 gegen 119 Stimmen abgelehnt. ...

Der Antrag Frau Zuchacz und Genossen (U. S.) betreffend die Gleichstellung von Männern und Frauen wird in amendierter Abstimmung mit 144 gegen 128 Stimmen abgelehnt. ...

Der Antrag Uerz und Gen. (Soz.) betr. Tod und Titel wird in amendierter Abstimmung mit 2 Stimmen abgelehnt. ...

Artikel 109 bestimmt, daß die Staatsangehörigkeit in Preußen und in den Ländern nach den Bestimmungen eines Gesetzes erworben und verloren wird. ...

Abg. Ahmann (D. Vp.) richtet einen eindringlichen Appell an die Reichsregierung, alles zu tun, um den Deutschen, die jetzt gezwungen werden, die politische Nationalität zu erwerben, für spätere Zeit die Rückkehr in den deutschen Staatsverband in jeder Weise zu erleichtern. ...

Artikel 109 wird unverändert angenommen. Ebenso Artikel 110 (Freizügigkeit im ganzen Reich). ...

Präsident des Reichsministeriums Bauer: Auf den Appell des Abgeordneten Ahmann kann ich nur erwidern, daß die Regierung, obgleich natürlich ein Verzicht auf Gesamtheit noch nicht erfolgt ist, nach meiner Überzeugung die Auffassung hat, daß diesem Wunsch nach zurechnen Folge geleistet werden soll. ...

Artikel 111 wird unverändert angenommen. Artikel 112 bestimmt den Schutz der freien volkstümlichen Entwicklung fremdsprachlicher Volksteile. ...

Abg. Dr. Cohn (U. S.) befruchtete den Antrag seiner Partei, statt „fremdsprachlicher Volksteile“ zu sagen „nationaler Minderheiten“. ...

In der Abstimmung erklärt Präsident Heinebach den Antrag Dr. Cohn für abgelehnt. ...

Darauf bezweifelnde Abg. Gees (U. S.) die Wahl für die Bildung des Hauses. ...

Präsident Heinebach: Die Anweisung der Befähigung ist nur zu einer Abstimmung möglich. ...

Artikel 113 handelt von der persönlichen Freiheit, deren Einschränkung nur auf Grund von Gesetzen zulässig ist. ...

gehörten deutschen Volke, das in einem mehr als 4% jährl. Kampf Sieger geblieben war, eine „große Revolution“ befehlert in den grauen Tagen des Novembermonds. ...

Der Reichstag hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Halle und Gankreis.

Halle, 16. Juli 1919. Volkstümliche Bildungsreihe hallischer Hochschullehrer verankert vom Sozialdemokr. Verein Halle-Gankreis (Wite Partei).

Heute, Mittwoch abend, findet von dem Bildungskursus „Wirtschaft, Kunst und Weltanschauung im kapitalistischen Zeitalter“ der zweite Vortrag (fünfter Abend) des Herrn Prof. Bachgold über

„Die Fürtank in Frankreich und England“ im Auditorium Maximum der Universität statt. Der Vortrag beginnt pünktlich 8 1/2 Uhr.

Einigung in der Angelegenheit der Angelegenheit. Die Tarifschiedsgerichte der Angestellten wurden gestern abend mit der Arbeitgebern in der Handelstammer fortgesetzt. ...

Die Tarifschiedsgerichte der Angestellten wurden gestern abend mit der Arbeitgebern in der Handelstammer fortgesetzt. ...

Die Tarifschiedsgerichte der Angestellten wurden gestern abend mit der Arbeitgebern in der Handelstammer fortgesetzt. ...

Die Tarifschiedsgerichte der Angestellten wurden gestern abend mit der Arbeitgebern in der Handelstammer fortgesetzt. ...

Die Tarifschiedsgerichte der Angestellten wurden gestern abend mit der Arbeitgebern in der Handelstammer fortgesetzt. ...

Die Tarifschiedsgerichte der Angestellten wurden gestern abend mit der Arbeitgebern in der Handelstammer fortgesetzt. ...

Die Tarifschiedsgerichte der Angestellten wurden gestern abend mit der Arbeitgebern in der Handelstammer fortgesetzt. ...

Die Tarifschiedsgerichte der Angestellten wurden gestern abend mit der Arbeitgebern in der Handelstammer fortgesetzt. ...

Die Tarifschiedsgerichte der Angestellten wurden gestern abend mit der Arbeitgebern in der Handelstammer fortgesetzt. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

Die Nationalversammlung hat in dem großen Augenblick der Entscheidung die Verantwortung auf sich genommen. ...

